



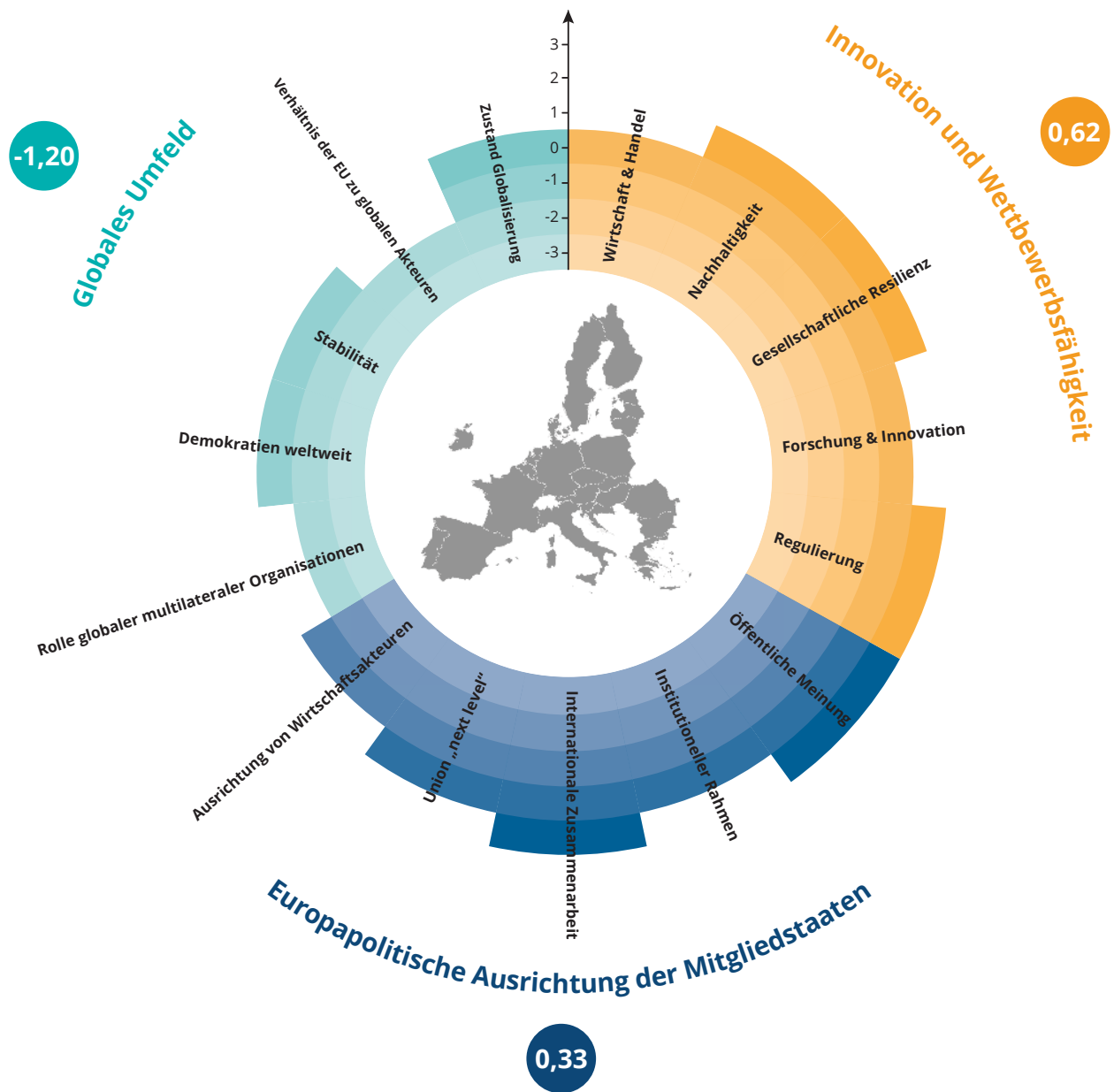
Europäische Union – der steinige Weg zum globalen Stabilitätsanker

Ergebnisse der Panorama-Analyse 2026

Johanna Hohaus, Tim Peter

- › Die Ergebnisse der diesjährigen Panorama-Analyse, die die Entwicklungen im Jahr 2025 mit 2024 vergleicht, zeigen, dass die Europäische Union zunehmend zum Hort der Stabilität in einem geopolitisch angespannten Umfeld wird.
- › Während die EU und ihre Mitgliedstaaten Fortschritte in den Bereichen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Resilienz verzeichnen können, gerät ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft insbesondere mit Blick auf China unter Druck.
- › Die EU zeigt sich trotz einzelner Blockaden handlungsfähig und sollte das Reformfenster nach dem Machtwechsel in Ungarn nutzen, um Mehrheitsentscheidungen im Rat auszuweiten.
- › International sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten in einer Koalition der Mittelmächte ein Backup der regelbasierten Weltordnung aufbauen. Die erfolgreiche Handelsagenda der EU ist ein Anfang.

3 Stark positive Entwicklung
 0 Keine Entwicklung
 -3 Stark negative Entwicklung



Die Panorama-Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine multithematische Standortbestimmung der Entwicklung der Europäischen Union und ihres Umfelds im Jahresvergleich. Sie umfasst drei Dimensionen: (i) Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, (ii) Europapolitische Ausrichtung der Mitgliedstaaten und (iii) Globales Umfeld. Diesen liegen jeweils fünf Indikatoren zugrunde, die sich wiederum auf mehreren Kriterien pro Indikator gründen. Im Folgenden werden die Hauptergebnisse der Panorama-Analyse 2026 präsentiert.

Stillstand trifft auf Fortschritt

In der Dimension Innovation und Wettbewerbsfähigkeit setzen sich zwei gegenläufige Trends der letzten zwei Jahre fort: Auf der einen Seite stagniert die EU in den Bereichen Wirtschaft und Innovation. Auf der anderen Seite schreitet der Umbau zu einem nachhaltigen Wirtschaften stetig voran und die EU erweist sich abermals als gesellschaftlich resilient. Positiv anzumerken ist zudem, dass der Trend einer verbesserten Regulierung seit der Panorama-Analyse des Vorjahres anhält.

Die Wirtschaftsleistung der EU ist nach Schätzungen im Jahr 2025 mit 1,6 Prozent moderat gewachsen. Der Euro präsentiert sich gegenüber dem Dollar als stabile Währung, was sowohl auf die Schwäche und Volatilität des Dollars als auch auf die zunehmende Stärke des Euros zurückzuführen ist. Gleichzeitig sinkt die Leistungsbilanz der EU im Vergleich zum Vorjahr. Die EU absorbierte im Jahr 2025 einen großen Teil des Handelsbilanzüberschusses Chinas von geschätzten 1,2 Billionen US-Dollar weltweit. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas steht unter großem Druck.

Wie in der letzten Panorama-Analyse gibt es beim Indikator Forschung und Innovation wenig Bewegung. Beispielsweise konnte sich die EU laut ihrem *Innovation Scoreboard* im Jahr 2025 insgesamt nicht verbessern. Es bestehen weiterhin starke regionale Unterschiede zwischen Innovationsvorreitern wie den Nordischen Ländern und den Niederlanden und einigen ost-europäischen Ländern. Die Stagnation fällt umso schwerer ins Gewicht, da sich internationale Wettbewerber wie Südkorea, China und die USA steigern konnten. Auch europäische Spitzenuniversitäten konnten ihre Position im internationalen Vergleich nicht erhöhen.

Europas Innovationskraft stagniert.

Moderat positiv ist der Fortschritt im Bereich Nachhaltigkeit. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch ist leicht gestiegen, das Volumen nachhaltiger Wertpapiere hat sich erneut erhöht und europäische Unternehmen sind bei CleanTech trotz zunehmender Konkurrenz weiterhin wettbewerbsfähig. Ein leicht positives Bild zeichnet auch die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (engl. *Sustainable Development Goals*, SDGs) in der EU. Signifikante Fortschritte verzeichnen die Ziele hochwertige Bildung (SDG 4), das vor allem den gleichberechtigten Bildungszugang beschreibt, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8) sowie weniger Ungleichheiten (SDG 10). Auf der anderen Seite gab es Rückschritte bei essenziellen Lebensgrundlagen wie dem Meeresschutz (SDG 14), dem Schutz der Biodiversität an Land (SDG 15) und bei sauberem Wasser (SDG 6).

Abermals erweist sich die EU im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung trotz geopolitischer Verwerfungen als resilient. Die Arbeitslosenquote bleibt auf einem niedrigen Niveau, Einkommen sind weiterhin im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen relativ ausgewogen verteilt und die allgemeine Zufriedenheit bleibt insgesamt hoch – wenn auch hier die Heterogenität der EU mit besonders hohen Zufriedenheitswerten in den Nordischen Ländern deutlich wird. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass die Europäische Zentralbank im Jahr 2025 die Inflationsrate wieder der Zielmarke von zwei Prozent annähern konnte. Wie stark sich der Inflationsdruck vor dem Hintergrund des Irankriegs erhöhen wird, bleibt abzuwarten.

Der Indikator Regulierung konnte sich im Jahresvergleich verbessern. Beispielsweise ist das Volumen der Staatshilfen im europäischen Binnenmarkt fast wieder auf das Niveau von 2019 zurückgegangen. Damit setzt sich ein Normalisierungsprozess nach der COVID-19-Pandemie und dem Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine fort. Während die Regierungseffizienz keine signifikanten Fortschritte verzeichnet, zeigen sich die Mitgliedstaaten der EU jedoch insgesamt politisch stabil und konsolidiert.

Stabilisierung unter Vorbehalt

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine insgesamt stabile, zugleich stärker fragmentierte europapolitische Ausrichtung der Mitgliedstaaten. Während die Zustimmung zur EU und die rechtlich-institutionelle Kohäsion weitgehend stabil bleiben, nehmen politische Polarisierung, informelle Entscheidungsformate und selektive Integrationsmuster zu. Die Diskrepanz zwischen der positiven öffentlichen Wahrnehmung der EU und konflikthafter nationaler Politikdynamiken besteht fort.

Die öffentliche Zustimmung zur EU bleibt auf hohem Niveau und steigt sogar leicht an. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bewertet die EU-Mitgliedschaft als Vorteil – insbesondere mit Blick auf die Themen Sicherheit, Stabilität und Kooperation. Diese Grundstimmung kontrastiert mit der parteipolitischen Entwicklung in mehreren Mitgliedstaaten. Trotz fortbestehender Dominanz pro-europäischer Parteien bleibt der Einfluss europaskeptischer Parteienfamilien – darunter die Europäischen Konservativen und Reformer, die Europäischen Souveränisten und die Patrioten für Europa – europaweit hoch. Partizipationsformen wie die Europäische Bürgerinitiative zeigen zwar anhaltendes Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, entfalten jedoch kaum spürbare politische Wirkung.

Die institutionelle Handlungsfähigkeit der EU bleibt insgesamt erhalten, wird jedoch durch selektive Blockaden belastet. Insbesondere in der Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik treten strukturelle Konfliktlinien zutage. Wiederholte Gegenstimmen Ungarns sowie Positionverschiebungen der Slowakei in russlandbezogenen Fragen verdeutlichen im Jahr 2025 die Folgen des Einstimmigkeitserfordernisses. Gleichzeitig verfügt die EU über eine robuste Durchsetzungsfähigkeit ihres Rechtsrahmens: Vertragsverletzungsverfahren gehen langfristig zurück und unterstreichen damit ihre Wirksamkeit. Parallel dazu nimmt die Nutzung informeller oder externer Kooperationsformate zu – insbesondere dort, wo EU-interne Verfahren von den Mitgliedstaaten als zu träge empfunden werden.

In der Handelspolitik zeigt sich eine spürbare Wiederbelebung. Fortschritte bei den Handelsabkommen mit dem Mercosur-Staatenbund, Indien und Indonesien stehen für einen neuen Pragmatismus. Im multilateralen System der Vereinten Nationen tritt die EU weiterhin koordiniert und präsent auf, wenngleich ihr strategischer Einfluss angesichts geopolitischer Verschiebungen – insbesondere im Verhältnis zu den USA – eingeschränkt ist. Insgesamt hat das geopolitische Handeln der EU an Kohärenz gewonnen, ohne jedoch volle Gestaltungsmacht zu entfalten.

Neuer Pragmatismus
in der europäischen
Handelspolitik

Die Debatte über die institutionelle Weiterentwicklung der EU hat sich vor dem Hintergrund möglicher Erweiterungen intensiviert. Ein breiter Reformbedarf wird von den Mitgliedstaaten anerkannt, etwa hinsichtlich Mehrheitsentscheidungen und Effizienzgewinnen. Gleichzeitig blockieren auseinandergelagerte Interessen zwischen größeren und kleineren Mitgliedstaaten konkrete Fortschritte.

Die wirtschaftliche Integration in der EU entwickelt sich uneinheitlich. Nach einer zwischenzeitlichen Verbesserung setzen manche Mitgliedstaaten EU-Vorgaben im Rahmen des Binnenmarkts zuletzt wieder weniger konsequent um, darunter auch große Länder wie Deutschland und Frankreich. Gleichzeitig stehen viele Staaten fiskalpolitisch unter Druck und weisen hohe Schuldenstände und Defizite auf. Steigende Verteidigungsausgaben erschweren die Haushaltskonsolidierung. Die innereuropäische Mobilität der EU-Bürgerinnen und -Bürger bleibt insgesamt stabil und ist zunehmend durch zirkuläre Bewegungen geprägt – was auf eine konsolidierte, aber nicht weiter vertiefte Integration hindeutet.

Multilaterale Ordnung unter Druck

Die Dimension Globales Umfeld zeigt, dass die EU in einer zunehmend dysfunktionalen multilateralen Ordnung agiert, in der verlässliche Grundlagen für die internationale Zusammenarbeit schwinden. Während die EU weiterhin auf regelbasierte Kooperation setzt und einzelne Organisationen aktiv stützt, verschärfen Blockaden, Machtpolitik und institutionelle Erosion die strukturellen Spannungen zwischen europäischem Anspruch und globaler Realität.

Spannungen zwischen
europäischem Anspruch
und globaler Realität

Aus EU-Perspektive bleibt die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrats, eingeschränkt. Zentrale Konflikte wie in der Ukraine, Gaza oder dem Sudan verdeutlichen anhaltende Blockaden, die auch die EU in ihrer außenpolitischen Wirksamkeit begrenzen. Die Generalversammlung dient der EU weiterhin als wichtiges Forum zur normativen Positionierung und Mehrheitsbildung, kann jedoch strukturelle Defizite des Sicherheitsrats nicht ausgleichen. Besonders problematisch ist die Lage der Welthandelsorganisation (WTO), die für die EU als zentraler Akteur des regelbasierten Welthandels von strategischer Bedeutung ist. Die Politisierung von Handelsfragen und unilateral geprägte Maßnahmen untergraben zentrale WTO-Prinzipien. Trotz verschiedener Reforminitiativen bleibt die ordnende Funktion der Organisation geschwächt.

Die globale Entwicklung demokratischer Governance stagniert. Für die EU bedeutet das ein zunehmend schwieriges Umfeld für die Förderung liberal-demokratischer Normen. Parallel wächst der koordinierte Einfluss autoritärer Staaten in multilateralen Organisationen durch institutionelle Alternativen, abgestimmtes Abstimmungsverhalten und die Umdeutung internationaler Normen. Das erschwert es der EU, ihre normativen Positionen dauerhaft multilateral zu verankern.

Auch die globale Sicherheitslage verschlechtert sich weiter und wirkt unmittelbar auf die EU zurück. Eine hohe Zahl bewaffneter Konflikte, anhaltende politische Gewalt und eine zunehmende terroristische Bedrohung – auch in Europa – prägen das Umfeld. Der rückläufige Zustrom irregulärer Migration in die EU könnte angesichts der teils andauernden, teils anwachsenden internationalen Krisenherde nur eine temporäre Entlastung sein.

Die Beziehungen der EU zu zentralen globalen Akteuren bleiben belastet. Das Verhältnis zu Russland verschlechtert sich weiter infolge anhaltender Aggression und hybrider Bedrohungen. Die transatlantischen Beziehungen sind trotz fortgesetzter sicherheitspolitischer Kooperation von wachsender strategischer Unsicherheit geprägt. Das Verhältnis zu China bleibt ambivalent: Die wirtschaftliche Verflechtung steht zunehmenden geopolitischen und handelspolitischen Spannungen gegenüber.

Aus Sicht der EU zerfällt die Globalisierung zunehmend in unterschiedliche Teilräume. Zwar bleiben Handel, Investitionen und Mobilität insgesamt hoch, sie werden jedoch stärker von politischen Konflikten und Sicherheitsinteressen beeinflusst. Dies führt innerhalb der EU zu einer Neujustierung wirtschaftlicher Offenheit hin zu größerer strategischer Absicherung und Resilienz.

Handlungsempfehlungen für Deutschland und die EU

Wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft bilden die Grundlage für weiterführende Ziele wie Resilienz, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen daher eine klare Wettbewerbsfähigkeitsagenda umsetzen. Dafür braucht es nach der Simplifizierung der Omnibus-Pakete einen konsequenten Bürokratierückbau und mutige Integrationschritte beim europäischen Binnenmarkt. Diese sollten zur Not in einer Koalition der Willigen verfolgt werden, um langjährige Blockaden zu lösen. Zudem müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten volkswirtschaftliche Ressourcen konsequent in ihre Innovationsfähigkeit umleiten, um international mithalten zu können. Das fängt mit einer Priorisierung öffentlicher Ausgaben für Forschung und Innovation an und endet mit der Notwendigkeit, Strukturwandel zuzulassen. Eine noch engere Bildungs- und Forschungskooperation mit dem Vereinigten Königreich und der Schweiz würde Europa als Ganzes ebenfalls stärken. Mit Blick auf den enormen Handelsbilanzüberschuss Chinas muss die EU ihren Marktzugang offensiver als Hebel einsetzen. Gezielte Ausgleichszölle in kritischen Bereichen könnten unfaire Wettbewerbsbedingungen kompensieren und Direktinvestitionen mit Technologietransfer einfordern. Dieses Vorgehen ist dem Ansatz von „Buy European“ vorzuziehen, da es weniger Bürokratiekosten für europäische Unternehmen verursacht.

Die anhaltend positive Einstellung zur Europäischen Union wird zum strategischen Kapital und gewinnt vor dem Hintergrund einer geschwächten multilateralen Ordnung zusätzlich an Bedeutung. Das spiegelt sich auch im wachsenden Interesse von Staaten wie Island oder Norwegen an einer engeren Anbindung an die EU wider. Dieses Kapital darf nicht verspielt, sondern muss genutzt werden, indem die EU konsequent auf die damals von Jean-Claude Juncker formulierte Strategie „big on big things, small on small things“ setzt: stärkere Vertiefung dort, wo ein klarer europäischer Mehrwert besteht (Sicherheit und Verteidigung, Binnenmarkt, Energieversorgung) und bewusste Zurückhaltung in anderen Politikfeldern im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (insbesondere soziale und kulturelle Fragen). Der Machtwechsel in Ungarn eröffnet ein temporäres Reformfenster, um Mehrheitsentscheidungen im Rat auszuweiten. Zentrale Voraussetzung bleibt eine vertrauenswürdige interne Zusammenarbeit der EU gestützt auf einer soliden Fiskalpolitik und eine weiterhin belastbare rechtliche Kohäsion.

Der Machtwechsel in Ungarn eröffnet ein temporäres Reformfenster.

Der fortschreitende Zerfall der multilateralen Ordnung erfordert von der EU, ihre geopolitische Rolle entschlossener wahrzunehmen und strategisch im Interesse der Mitgliedstaaten auszufüllen. Angesichts nachlassender globaler Verlässlichkeit übernehmen die EU und ihre Mitgliedstaaten zunehmend eine Stabilisierungs- und Backup-Funktion. Das wird vor allem durch die erfolgreiche Handelsagenda deutlich, über die die EU und andere Mittelmächte eine Rückversicherung für den regelbasierten Handel aufbauen. Gleichzeitig bestehen weiterhin wesentliche Fähigkeitslücken – etwa in den Bereichen Verteidigung, Informationsgewinnung und kritische Technologien. Diese Defizite sollten gezielt behoben werden, insbesondere vor dem Hintergrund eines schwindenden Vertrauens in den ehemals zentralen Partner USA. Wenn die EU diesen Weg konsequent geht, kann sie zu einem globalen Stabilitätsanker werden.

Methode

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit der Panorama-Analyse eine jährliche multi-thematische Standortbestimmung der EU und ihres Umfelds ermöglichen. Zu diesem Zweck wurden mit externen und internen Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Sektoren drei Bereiche (Dimensionen) identifiziert, die für die EU von besonderer Bedeutung sind: (i) Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, (ii) Europapolitische Ausrichtung der Mitgliedstaaten und (iii) Globales Umfeld. Diese Dimensionen werden anhand von qualitativen sowie quantitativen Indikatoren analysiert, die unter anderem auf internationalen Rankings und Indizes, auf Einschätzungen von Expertinnen und Experten der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie auf Berichten und Daten internationaler Organisationen und Think Tanks basieren. Dabei wird die Veränderung des jeweiligen Indikators beziehungsweise der jeweiligen Dimension im Jahresvergleich auf einer Skala von -3 bis +3 erhoben.

Impressum

Die Autorin und der Autor

Johanna Hohaus ist Länderreferentin in der Regionalabteilung Europa/Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort betreut und koordiniert sie die Auslandsbüros Baltische Staaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Österreich. Ihre europäisch geprägte Studienzeit verbrachte sie in Deutschland, Italien, Österreich und Dänemark und erreichte dort ihren Abschluss in Europastudien (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt) sowie Global Studies (Universität Wien, AT/Universität Roskilde, DK).

Tim Peter ist Referent für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf der europäischen Industrie-, Binnenmarkt- und Fiskalpolitik sowie geökonomischen Herausforderungen wie kritischen Abhängigkeiten im Pharma- und Rohstoffsektor. Seinen Master in International Relations absolvierte er an der Universität Bremen und der Jacobs University.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Kontakt:

Johanna Hohaus
Europa/Nordamerika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
johanna.hohaus@kas.de

Tim Peter
Wettbewerbsfähigkeit Europas
Analyse und Beratung
tim.peter@kas.de

Bildnachweis Titelseite: © Smarterpix/1xpert
Gestaltung und Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-356-8